

# BM

Das Magazin für  
Beamtinnen und Beamte

AUSGABE 06 · 2020



DGB



## ARBEITEN WÄHREND CORONA

### HOMEOFFICE BEEINFLUSST PRODUKTIVITÄT, STRESS UND KONFLIKTE

#### KOMMENTAR

Verkehrte Corona-Welt  
von Ilka Hoffmann

#### BERICHT

Personalratswahlen auf Bundesebene  
Erfolge für DGB-Gewerkschaften



# 0,- Euro Girokonto<sup>1</sup> für Berufsstarter im öffentlichen Dienst



**Jetzt informieren**  
in Ihrer Filiale vor Ort,  
per Telefon unter 0721 141-0  
oder auf [www.bbbank.de/berufsstart](http://www.bbbank.de/berufsstart)



[www.bbbank.de/termin](http://www.bbbank.de/termin)

**50,-** Euro  
**Startbonus!**<sup>2</sup>



<sup>1</sup> Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungsbeginn/Berufsstart. Stand: 29.01.2020. <sup>2</sup> Voraussetzungen: Eröffnung eines BBBank-Junges Konto zwischen dem 01.02. und dem 31.12.2020, Neumitglied aus dem öffentlichen Dienst ab 16 Jahren bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, Berufsstarter (Beamtenanwärter/Auszubildender), keine Mitgliedschaft in den letzten 6 Monaten. Nicht mit weiteren Prämien kombinierbar. Die Verbuchung des Startbonus kann bis zu 8 Wochen dauern.



**04**

**TITEL**

Arbeiten während Corona: Homeoffice beeinflusst Produktivität, Stress und Konflikte



**06**

**KOMMENTAR**

Verkehrte Corona-Welt  
Ilka Hoffmann, Vorstandsmitglied Schule der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)



**17**

**BERICHT**

Personalratswahlen auf Bundesebene  
Erfolge für DGB-Gewerkschaften

**07 INTERVIEW**

**08 MELDUNGEN AUS BUND UND LÄNDERN**

**15 AUS DEN GEWERKSCHAFTEN**

**18 VERMISCHTES**

**LIEBE LESERINNEN UND LESER,**

ein Wort, das in den letzten Wochen vielen von uns mehr als einmal untergekommen ist lautet: Homeoffice. Wurden die Möglichkeiten zur Teleheimarbeit und zur alternierenden Telearbeit vor der Corona-Pandemie in der Arbeitswelt in den meisten Fällen nur äußerst zaghaft diskutiert und tendenziell nur in Ausnahmefällen ermöglicht, zeigen uns die vergangenen Wochen doch vor allem eines auf: Homeoffice ist grundsätzlich möglich! Natürlich nicht für alle Beschäftigte und alle Branchen und vorausgesetzt, dass Beschäftigte mit der notwendigen Technik ausgestattet wurden. Doch ganz prinzipiell ist die Arbeit von zu Hause aus für nicht wenige der Beschäftigten in unserem Land teilweise oder gar ganz leistbar.

Die Ergebnisse einer kürzlich erfolgten Umfrage der Heinrich-Heine-Universität zur Telearbeit und Kinderbetreuung während der Corona-Pandemie stellt uns der Düsseldorfer Betriebswirt Prof. Dr. Stefan Süß, der sich mit seinem Team seit 2010 mit der flexiblen Gestaltung von Arbeit befasst, in dieser Ausgabe vor. Dabei wurden die Probanden der Umfrage gebeten, Einschätzungen über die Arbeitssituation vor Corona abzugeben und Fragen zu ihrer aktuellen Situation im Homeoffice während der Corona-Pandemie zu beantworten.

Sodann, genießen Sie den Sommer!



**Danny Prusseit**  
Politischer Referent,  
Abteilung Öffentlicher Dienst  
und Beamtenpolitik beim  
DGB-Bundesvorstand

**IMPRESSUM**



Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin | Verantwortlich für den Inhalt: Elke Hannack | Redaktion: Alexander Boettcher, Lisa Kranz, Silvia Pahlke, Danny Prusseit, Henriette Schwarz, Niels Spilker | Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte, Schulstr. 30 c, 67125 Dannstadt-Schauernheim | Telefon: 0179 4299228, Telefax: 0211 7300275, infoservice@beamten-informationen.de, www.dgb.de/beamtenmagazin, www.dgb.de/beamtenmagazinabo | Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen | Titelbild: istockphoto/kupicoo | Druck: B & W Druck und Marketing, Bochum | Druck auf Recyclingpapier, aus 100% Recyclingfasern, FSC®-zertifiziert | Erscheinungsweise: 10 mal im Jahr, im 27. Jahrgang / Jahresbezugspreis: 10,00 Euro inkl. Zustellgebühr | Jahresbezugspreis inkl. Taschenbuch „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“: 22,50 Euro inkl. Zustellgebühr



## ARBEITEN WÄHREND CORONA

## HOMEOFFICE BEEINFLUSST PRODUKTIVITÄT, STRESS UND KONFLIKTE

Seit Beginn der Corona-Pandemie arbeiten viele Beschäftigte im Homeoffice. Welche Konsequenzen das für die Beschäftigten hat, wurde in einer Studie der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf am Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Arbeit, Personal und Organisation von Professor Dr. Stefan Süß untersucht. Dazu wurden im Rahmen einer größeren Erhebung zwischen dem 07.04.2020 und dem 09.05.2020 auch 888 Personen befragt, die im öffentlichen Dienst (Bund, Länder und Kommunen) arbeiten.

Die Teilnehmenden wurden gebeten, Einschätzungen über die Arbeitssituation vor Corona abzugeben und Fragen zu ihrer aktuellen Situation im Homeoffice während der Corona-Pandemie zu beantworten. Die Studie verdeutlicht signifikante und robuste Zusammenhänge: Diese zeigen sich vor allem zwischen der Arbeit im Homeoffice und der von den Beschäftigten wahrgenommenen Produktivität. Allerdings werden auch interessante Ergebnisse zu dem empfundenen Stress, der sozialen Isolation oder organisatorischen Problemen im Rahmen der Arbeit im Homeoffice deutlich.

### ZENTRALE AUSSAGEN: WAHRGENOMMENE PRODUKTIVITÄT SINKT...

In der Studie gaben die Befragten einen selbst empfundenen Rückgang ihrer Produktivität um durchschnittlich rund 10 Prozent im Vergleich zur sonst üblichen Arbeitssituation an. Es kann davon ausgegangen werden, dass dieser faktisch sogar größer sein könnte, das aber verständlicherweise ungern zugegeben oder nicht exakt eingeschätzt wird. Wo-

von hängt der Rückgang der Produktivität ab? Sie sinkt stärker bei älteren Beschäftigten und in Situationen, in denen es im Homeoffice Probleme gibt, beispielsweise wenn kein adäquater Homeoffice-Arbeitsplatz oder geringe Erfahrungen mit dem Homeoffice vorhanden sind und daher aus der ungewohnten Situation Überforderung resultieren kann. Auch eine gefühlte soziale Isolation führt zu einem Rückgang der Produktivität, das heißt die fehlende Möglichkeit zum Austausch spielt hier eine Rolle. Auffällig ist, dass die Produktivitätseinschätzung bei Personen steigt, die technologieaffin sind oder bereits vor Corona Erfahrungen mit der Arbeit im Homeoffice sammeln konnten, was darauf hindeutet, dass Gewöhnungseffekte die Situation im Laufe der Zeit verbessern können.

### ... STRESS UND KONFLIKTE KÖNNEN STEIGEN

Ob Beschäftigte des öffentlichen Dienstes im Homeoffice Stress empfinden, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Gefördert wird das subjektive Stressempfinden durch organisatorische Probleme im Homeoffice und gefühlte soziale Isolation. Auch Führungskräfte, die ca. ein Drittel der Stichprobe ausmachen, empfinden eine Zunahme des Stresses im Homeoffice. Das kann daran liegen, dass Koordinations- und Führungstätigkeiten auf Distanz und auf digitalem Wege ungewohnt sind und physische Nähe diese erleichtert. Da die aktuelle Situation dies aber nicht zulässt, wird die Wahrnehmung der Führungsaufgabe als komplizierter und stressiger empfunden.

Führungsverantwortung und die gefühlte soziale Isolation verstärken zudem den wahrgenommenen Konflikt zwischen Arbeit und Privatleben. Dieser wird außerdem maßgeblich von Kindern geprägt, für die Betreuungspflichten bestehen, und die, jedenfalls im Erhebungszeitraum, oft bei Homeschooling-Angeboten unterstützt werden mussten. Aus der Forschung ist bekannt, dass ein dauerhaft empfundener Konflikt zwischen den Anforderungen der Arbeit und den Aufgaben und Verpflichtungen des Privatlebens wiederum Stress auslösen, unzufrieden machen und die Produktivität verringern kann. Ganz entscheidend ist aber zum einen, was das Individuum bevorzugt – eine Trennung von Arbeit und Privatleben oder die Integration beider Bereiche. Diese sog. individuelle Segmentationspräferenz sollte nach Möglichkeit bei der Gestaltung der Arbeit berücksichtigt werden. Zum anderen zeigt sich, dass Unterstützung des Dienstherrn die empfundenen Konflikte und damit vermutlich mittelbar auch den empfundenen Stress reduzieren kann. Insofern sollte eine Homeoffice-Nutzung nach Corona von entsprechenden Maßnahmen flankiert sein, zum Beispiel IT-Support oder die Möglichkeit zum informellen (digitalen) Austausch.

## PRIVATE SITUATION PRÄGT ARBEITSSITUATION AKTUELL NEGATIV

Wie einzelne Beschäftigte die Arbeit von zu Hause aus empfinden, hängt maßgeblich von der privaten Situation ab, zum Beispiel vom Alter der Beschäftigten, ihren Betreuungspflichten gegenüber Kindern und ihrer empfundenen sozialen Isolation durch das Homeoffice. Neben der sozialen Isolation prägt die Betreuung von Kindern den empfundenen Konflikt zwischen Arbeit und Privatleben am stärksten. Insgesamt macht das deutlich, dass eine Doppelbelastung, zu Hause zu arbeiten und gleichzeitig Kinder zu betreuen, eine Situation ist, die die Beschäftigten nicht langfristig tragen können. Dieser Befund unterstreicht die Notwendigkeit, Betreuungsangebote auch während der Corona-Pandemie zu schaffen, nicht nur mit Blick auf die Kinder, sondern auch auf die notwendige Entlastung der Eltern. Wenn Beschäftigte und (kleinere) Kinder gleichzeitig zu Hause sind, ist ein produktives und individuell zufriedenstellendes Homeoffice schwer möglich.

## RECHT AUF HOMEOFFICE?

Bundesarbeitsminister Heil fordert seit einiger Zeit ein Recht auf Homeoffice. Auf Basis der durchgeführten Studie lässt sich festhalten, dass mit einem solchen Recht auf Homeoffice auch adäquate Arbeitsbedingungen zu Hause verbunden sein müssen. Wichtig ist zudem die Freiwilligkeit des Homeoffice, denn wenn Beschäftigte Arbeit und Privatleben eigentlich gerne trennen möchten, wirkt erzwungenes Homeoffice stress- und konfliktverstärkend.

Die aktuelle Situation ist eine Sondersituation, und eine baldige Rückkehr zu einer bestenfalls freiwilligen Wahl eines so oder so angemessen gestalteten Arbeitsortes ist mit Blick auf die Beschäftigten und ihre Produktivität sehr wünschenswert. Da Schätzungen des DIW zur Folge nur rund 40 Prozent aller Tätigkeiten generell aus dem Homeoffice darstellbar sind, muss man eine Zweiklassengesellschaft in Unternehmen und Organisationen des öffentlichen Dienstes vermeiden, in der Höherqualifizierte und Besserverdienende, deren Tätigkeiten in aller Regel eher für das Homeoffice geeignet sind, zu Hause arbeiten und andere nicht.

## ZUM AUTOR

Prof. Dr. Stefan Süß ist ein deutscher Wirtschaftswissenschaftler. Er ist seit 2010 Inhaber des Lehrstuhls für Betriebswirtschaftslehre, insb. Arbeit, Personal und Organisation an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Für weitere Informationen – E-Mail: [Stefan.Suess@hhu.de](mailto:Stefan.Suess@hhu.de).

# VERKEHRTE CORONA-WELT

Foto: Kay Henschelmann



Von Ilka Hoffmann, Vorstandsmitglied Schule der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

In der Corona-Krise werden Lehrkräfte zunehmend in die Sündenbock-Rolle gedrängt: zu egoistisch für den Einsatz an der Corona-Front, zu ungebildet für die Digitalisierung.

Unternehmen wir also mal einen kleinen Ausflug in die Realität. Nach einer Umfrage der GEW Hamburg beschert die Dreifachbelastung aus Notbetreuung, Online- und Präsenzunterricht den Lehrkräften im Schnitt ein Drittel Mehrarbeit. Laut einer GEW-Studie zum Digitalpakt sind 93 Prozent der Lehrkräfte für ihre Arbeit auf eigene Endgeräte angewiesen. Es fehlt an Unterstützung beim Datenschutz und an geeigneten Fortbildungsangeboten.

Zusätzlich bewegen sich die KollegInnen beim Online-Lernen auf dünnem Eis. Das Abspeichern sensibler Daten auf dem eigenen Computer ist ebenso problematisch wie die Nutzung datenhungriger sozialer Netzwerke und Plattformen. Wenn Lehrkräfte in ihrer Corona-Not auf das falsche Online-Pferd setzen, droht unter Umständen sogar, wie aktuell in Thüringen, ein Bußgeldverfahren wegen Verletzung des Datenschutzes.

Das ist ungefähr so, als würde man sich von seinem Untermieter die Wohnung putzen lassen, ohne Eimer, Wasser, Lappen und Reiniger zur Verfügung zu stellen, ihn dann aber verklagen, weil er angeblich das falsche Putzmittel benutzt hat. Der Vergleich ist übrigens gar nicht so weit hergeholt: Aktuelle Berichte aus dem Schulalltag zeigen, dass die Umsetzung der Hygiene-Konzepte ebenfalls stillschweigend auf Zusatzarbeit und milde Gaben der Lehrkräfte setzt, die sich nicht selten selbst um die nötigen Desinfektionsmittel kümmern müssen.

Lehrkräfte engagieren sich wie andere Beschäftigte nach Kräften, die außergewöhnlichen Anforderungen zu meistern. Sie sind dabei aber genauso verunsichert wie alle anderen. Was wir vor diesem Hintergrund am allerwenigsten brauchen, ist eine Kampagne gegen Lehrkräfte. Stattdessen müssen sich die Ministerien zur Mangel-Realität bekennen, die die Politik und sie selbst mit ihrer jahrelangen Sparsucht zu verantworten haben: zum Lehrkräftemangel, dem Mangel an geeigneten Fortbildungsangeboten (nicht nur) zur Digitalisierung, den baulichen und sanitären Mängeln in den Schulgebäuden.

Diese Probleme lassen sich nicht mit immer neuen Direktiven an die Schulen beheben. Notwendig ist ein runder Tisch mit Personalräten, Schulleitungen, Fachkräften aus den Ministerien, Eltern und Schülern, an dem ausgelotet wird, wie unter den gegebenen Bedingungen Lösungen für die schwierige Situation gefunden werden können.

## KLINIKEN UND SONSTIGE GESUNDHEITSEINRICHTUNGEN

### Fachklinikum Borkum

Sonne – Wind – Meer. Das Fachklinikum Borkum ist Garant für Ihre Gesundheit. Das ganzheitliche Behandlungsangebot richtet sich an Erwachsene Patienten (auch mit Begleitkind). Behandlungsschwerpunkte sind: Asthma bronchiale und Heuschnupfen, Chronische Atemwegserkrankungen (z.B. COPD, obstruktive Bronchitis), Neurodermitis, Erkrankungen des atopischen Formenkreises, Chronische und allergische Hauterkrankungen (u.a. Kontaktekzeme, Urtikaria, Psoriasis).



[www.fachklinikum-borkum.de](http://www.fachklinikum-borkum.de)



### Psychosomatische Privatklinik in Bad Grönenbach

Die Akutklinik für Privatpatienten und Selbstzahler bietet Menschen mit psychischen Krisen und Erkrankungen eine umfassende ärztliche und psychotherapeutische Behandlung zur Krisenintervention und für tiefer gehende psychotherapeutische Prozesse an. Die Klinik bietet sowohl für eine kurzfristige Stabilisierung als auch für die psychotherapeutische Behandlung von langwierigen und komplexen Schwierigkeiten die richtige Therapie.



[www.psychosomatische-privatklinik.eu](http://www.psychosomatische-privatklinik.eu)





## „Mein Team ist offen für viele Wege“



Stephanie Marschner arbeitet für die Berliner Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz. Sie ist Mutter von zwei kleinen Kindern und lebt mit ihrem Lebensgefährten im südlichen Brandenburg, ungefähr 100 Kilometer entfernt von ihrer Arbeitsstätte. Die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten, nutzte sie schon vor Corona. Zu ihren Homeoffice-Erfahrungen vor und während Corona spricht sie mit uns im Interview.

### Corona hat unseren Arbeitsalltag in den letzten Wochen verändert. Wie sah oder sieht das bei Ihnen konkret aus?

Seit Beginn der Corona-Pandemie arbeite ich komplett im Homeoffice von zu Hause aus. Vor der Corona-Pandemie hatte ich zwei Tage in der Woche Homeoffice. Die restlichen drei Tage in der Woche war ich im Dienstgebäude in Berlin anwesend, verbunden mit einer täglichen Fahrtzeit von jeweils zwei Stunden. Die Umstellung zum kompletten Homeoffice kam mit Beginn der Corona-Pandemie plötzlich, ohne dass jemand damit gerechnet hatte. Der Arbeitsalltag im Homeoffice in den letzten Wochen gestaltete sich anders als vor der Pandemie. Daher kann ich die Arbeitssituation sehr gut vergleichen. Arbeiten und Familie gleichzeitig zu bewältigen war eine große Herausforderung für uns als Familie. So nahm die Betreuung meiner Kinder viel Zeit in Anspruch und es kam dadurch zu ständigen Arbeitsunterbrechungen, was auch meine Konzentration insgesamt beeinflusste. Viele Telefonate musste ich führen und Abstimmungen mit einigen KollegInnen vornehmen, um die Arbeit im „Fluss“ zu halten. Und das Arbeiten im Homeoffice im Schichtsystem – früh und abends – war neu. Insgesamt empfand ich das Arbeiten im Homeoffice während der Pandemie flexibler, freier und selbstbestimmter, dafür bin ich meinem Arbeitgeber sehr dankbar.

### Hat ihr Dienstherr/Arbeitgeber dafür Sorge getragen, dass Ihr Arbeitsplatz im Homeoffice gut ausgestattet ist bzw. den Ansprüchen an den Arbeits- und Gesundheitsschutz gerecht wird?

Die Ausstattung im Homeoffice wurde während der Corona-Pandemie optimiert.

### Gibt es in Ihrem Haus / Ihrer Dienststelle schriftliche Vereinbarungen zur Arbeit im Homeoffice? Gab es diese schon vor Corona?

Unser Arbeitgeber unterteilt das Arbeiten von zu Hause in mobiles Arbeiten und Homeoffice. Die dienstlichen Vereinbarungen dazu waren bisher unklar. Es gab keine richtigen Anträge. Die Ausstattung des Arbeitsplatzes war von Seiten der IT nicht dienstleistungsfreundlich und benötigte eine Menge Absprachen bis in die oberen Ebenen unserer Verwaltung. Während der Pandemie wurden die Vorgaben für das Arbeiten im Homeoffice gelockert und es gibt jetzt Anträge für mobiles Arbeiten.

### Wenn Sie die Wahl zwischen der Arbeit im Büro oder im Homeoffice oder aber einer Mischung aus beiden hätten, wie würde ihre Arbeit bzw. diese Aufteilung bevorzugter Weise nach Corona aussehen?

Aufgrund der großen Entfernung zum Arbeitgeber wünsche ich mir nach der Corona-Pandemie ein vermehrtes Arbeiten von zu Hause aus. Die Technik funktioniert und kann an einzelnen „Drehschrauben“ optimiert werden. Mein Team ist offen für viele Wege und ich sehe ja selbst in der Verwaltung geht auf einmal „VIELES“.



**NÜRNBERGER**  
VERSICHERUNG

# Sie arbeiten für Menschen. Wir kümmern uns um Sie.

Als Selbsthilfeeinrichtung für den Öffentlichen Dienst erhalten Sie von uns stets die passende Versicherung und Vorsorge, besonders günstige Beiträge und einen herausragenden Service.

Holen Sie Ihr Angebot bei:  
MBoeD@nuernberger.de

[www.nuernberger.de](http://www.nuernberger.de)

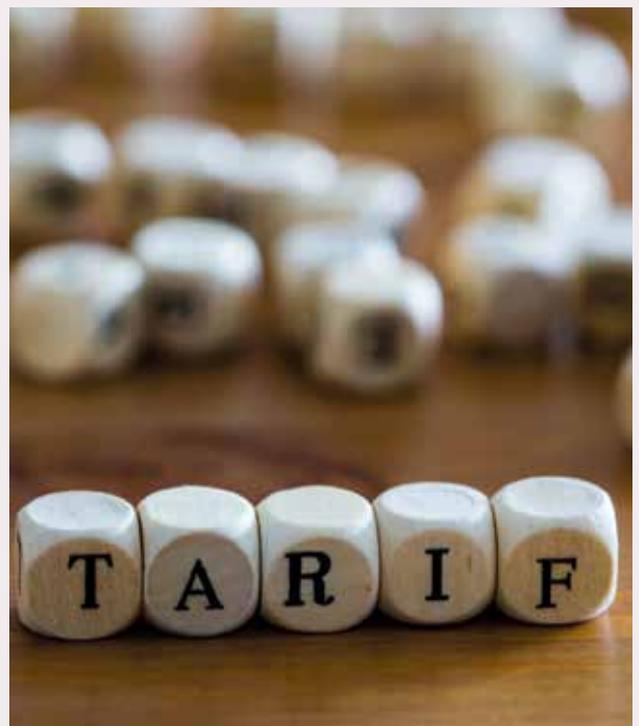
Einfach  
passend für den  
Öffentlichen  
Dienst

## MELDUNGEN

### Sondierungsgespräch

#### TARIFRUNDE BUND UND KOMMUNEN

„Der öffentliche Dienst ist systemrelevant. Applaus ist schön, tut gut, aber reicht nicht.“ Mit diesen Worten eröffnete ver.di-Vorsitzender Frank Werneke am 3. Juni die Sitzung der ver.di-Bundesarifkommission für den öffentlichen Dienst (BTK ö.D.), die als Videokonferenz stattfand. „Gerade in der jetzigen Krise kommt den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eine ganz besondere Bedeutung und Verantwortung zu. Sie leisten Tag für Tag mit starkem Engagement Großartiges für das Gemeinwesen in diesem Land,“ so Werneke weiter. Mit dem Verweis auf die Bedeutung des öffentlichen Dienstes während der aktuellen COVID-19-Pandemie steckte Werneke die historisch bislang einmaligen Rahmenbedingungen ab, unter denen die bevorstehende Tarifrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen und die Besoldungsrunde Bund stattfinden werden. Zum einen müsse die Arbeit der Beschäftigten wertgeschätzt werden, zum anderen würden die öffentlichen Arbeitgeber bereits auf leere Kassen verweisen. Zugleich dürften klassische Instrumente einer Tarifrunde, wie große Kundgebungen und Streiks, kaum oder nur schwer umsetzbar sein. Unter diesen Vorzeichen hat die BTK ö.D. für die Tarifrunde sämtliche in Betracht kommenden Optionen und Handlungsspielräume intensiv beraten und bewertet. Auf Basis dieser Diskussion fand am 16. Juni ein Sondierungsgespräch mit dem Bund und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände statt, welches zu Redaktionsschluss noch nicht beendet war. Die dort erzielten Ergebnisse bilden die Grundlage für die Entscheidung der BTK ö.D. über die Kündigung der Tarifverträge, die am 18. Juni getroffen werden soll.



## Bund

## HOMEOFFICE IN BUNDESMINISTERIEN

In allen Ministerien des Bundes besteht grundsätzlich die informativ-technische Möglichkeit im Homeoffice zu arbeiten, so die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der FDP-Fraktion (Drs. 19/18907). Man habe sowohl die technischen Komponenten wie auch die mobilen Zugänge massiv ausgebaut. So stünden der Bundesverwaltung mit 35.500 SINA-Clients sowie mindestens 22.000 weiteren Clients verschiedene Varianten an mobilen Zugängen zur Verfügung. Herausfordernd sei allerdings die Befriedigung des großen Bedarfs an Video- und Telefonkonferenzen. Hieran werde



Foto: istockphoto.de/AnatreyPopov

weiter gearbeitet. Die Bundesregierung stellt zudem klar, dass eine zeitgleiche, flächendeckende Tätigkeit aller Beschäftigten eines Ministeriums im Homeoffice nicht gewollt ist.

Zum Hintergrund: Der Bund konsolidiert aktuell seine Netzinfrastruktur und migriert diese auf die Netze des Bundes (NdB). Ziel des Vorhabens ist es, dass künftig sämtliche Regierungskommunikation über diese Infrastruktur läuft.

## BADEN-WÜRTTEMBERG

GDP BADEN-WÜRTTEMBERG  
FORDERT MEHR RESPEKT

Die GdP Baden-Württemberg begrüßt den aktuellen gesellschaftlichen Diskurs und die Debatte um die Geschehnisse in den USA. Sorge bereiten ihr jedoch die Übergriffe auf PolizeibeamtInnen am Rande der Demonstrationen. Die GdP fordert daher mehr Respekt und Wertschätzung für die Arbeit aller Polizeibeschäftigten und verurteilt alle Arten von Gewaltexzessen. „Rassismus und Ausgrenzung haben

keinen Platz in unserer Gesellschaft, ebenso wenig wie Gewaltakte gegen Polizeibeschäftigte. Die Botschaften, die bei den bundesweiten Protestaktionen im Vordergrund stehen, werden durch einige wenige Krawallmacher ad absurdum geführt. Man kann nicht einerseits gegen Rassismus und Polizeigewalt in den USA demonstrieren und andererseits für sich selbst in Anspruch nehmen wollen, rohe und unkontrollierte Gewalt gegen Einsatzkräfte zu verüben“, sagt Carsten Beck, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP Baden-Württemberg zu den Ereignissen.

## BAYERN

LANDESLAGEBILD 2019:  
MEHR ÜBERGRIFFE AUF POLIZEI

2019 hat die Zahl der Übergriffe auf PolizeivollzugsbeamtInnen in Bayern erneut zugenommen. Laut Landeslagebild 2019 sind die Angriffe um 3,5 Prozent angestiegen. Insgesamt 2.599 PolizistInnen wurden verletzt. Dies ist ein neuer Höchstwert im seit 2010 jährlich vorgelegten Lagebild zur Gewalt gegen PolizeibeamtInnen. Verglichen mit 2018 wurden damit im Vorjahr rund 30 BeamtInnen mehr verletzt. Betroffene fehlten dadurch im Schnitt an insgesamt 4.369 Tagen im Dienst. Die GdP Bayern verurteilte den erneuten Anstieg. Die bayrische Polizei sei insgesamt gut ausgerüstet und Gerichte würden den Strafrahmen auch ausschöpfen – der weitere Anstieg sei daher umso besorgniserregender. Optimistisch zeigt sich die GdP Bayern nun gegenüber dem Einsatz von Bodycams, verbunden mit der Hoffnung eines entsprechenden Rückgangs der Übergriffe. Auch der DGB kritisiert die bundesweit steigenden Zahlen der Übergriffe auf Beschäftigte im öffentlichen und privatisierten Sektor und startete zu Beginn des Jahres die Initiative *Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch*.

---

VERGISS NIE,  
HIER ARBEITET  
EIN MENSCH



Mehr dazu unter  
[www.dgb.de/mensch](http://www.dgb.de/mensch)

## BERLIN

## HAUPTSTADTZULAGE BESCHLOSSEN

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat am 4. Juni die sog. Hauptstadtzulage für BeamtInnen des Landes bis einschließlich Besoldungsgruppe A13 beschlossen. Damit erhalten diese ab dem 01.11.2020 monatlich eine Zulage in Höhe von 150 Euro. Für die Besoldungsgruppen ab A14 ist ein monatlicher Zuschuss von 15 Euro zum Firmenticket des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg vorgesehen. Der DGB Bezirk Berlin Brandenburg begrüßt die Maßnahme und er-

wartet nun, dass alle Landesbeschäftigten davon profitieren. „Wichtig ist jetzt, dass alle Beschäftigten die Zulage bekommen – nicht nur die Beamtinnen und Beamten, sondern auch die Tarifbeschäftigten“, so die stellvertretende Vorsitzende des Bezirks, Sonja Staack. Damit dies der Fall ist, bedarf es jedoch noch der Zustimmung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL).

### BRANDENBURG

#### VAKANTE STELLEN AN BRANDENBURGS SCHULEN

Wie das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport in Brandenburg Anfang Juni mitteilte, werden zum neuen Schuljahr 2020/21 bis zu 1.400 neue Lehrkräfte benötigt. Nach Einschätzung der GEW liegt diese Zahl noch etwas höher, nämlich bei mindestens 1.500. Zudem prognostiziert die Gewerkschaft, dass die Zahl der notwendigen Neueinstellungen noch weiter ansteigen werde, da bedingt durch die Corona-Pandemie ein Teil der Lehrkräfte auf der Grundlage der Zuordnung zu Risikogruppen nicht im Präsenzunterricht eingesetzt werden kann. Zum Stichtag 22. Mai wurden nach Angaben des Ministeriums 1.164 LehrerInnen sowie sonstiges pädagogisches Personal unbefristet in den Brandenburger Schuldienst eingestellt. Zusätzlich wurden von den staatlichen Schulämtern 92 verbindliche Zusagen für unbefristete Neueinstellungen gemeldet (Stand 5. Juni).



Foto: istockphoto.de/skyneshter

Die GEW fordert angesichts der Gesamtsituation an Brandenburgs Schulen eine Konzeption, die die Zahl der ausgebildeten Lehrkräfte entsprechend der realen Bedarfe berücksichtigt, die Attraktivität der Profession erhöht sowie die Unterrichtsbedarfe in allen Regionen des Landes Brandenburg absichert.

### BREMEN

#### KRITIK AN ÖFFNUNG DER GRUNDSCHULEN IN GANZER KLASSENSTÄRKE

Die GEW Bremen sieht die neueste Entwicklung hin zu einer Öffnung der Grundschulen für Klassen in voller Klassenstärke vom schulischen Personal sehr kritisch. Denn besonders leistungsschwächere SchülerInnen würden aktuell von der Beschulung in kleineren Gruppen profitieren. So gibt es mehr Zeit individuell und differenziert auf die SchülerInnen einzugehen, was wiederum die kürzere Beschulung fast ausgleicht, verdeutlichte die GEW-Landesvorstandssprecherin Barbara Schüll. Elke Suhr, ebenfalls Landesvorstandssprecherin ergänzte: „Für viele Lehrkräfte ist es frustrierend, dass von den PolitikerInnen nicht wahrgenommen wird, wie positiv sich die Kleingruppenbeschulung auf den Lernerfolg auswirkt“. Durch die schnelle Öffnung der Schulen, hin zu einem eingeschränkten Regelbetrieb, werden diese positiven Effekte wieder zunichte gemacht, so die GEW.

### HAMBURG

#### KRITIK AN EINSCHRÄNKUNGEN BEI DER GARANTIE FÜR BEAMTINNEN

Anfang Juni stellten SPD und Bündnis 90/Die Grünen ihren Koalitionsvertrag für Hamburg vor. Darin heißt es unter anderem: „Am grundsätzlichen Ziel der Tarifgarantie bei der Übernahme der Tarifiergebnisse für die BeamtInnen wollen wir uns auch in Zukunft orientieren, was angesichts der finanziellen Corona-Folgen eine besondere Herausforderung für alle Beteiligten wird...“. Der DGB Hamburg erwartet von Senat und Bürgerschaft nun, dass auch künftig die Tarifiergebnisse für den öffentlichen Dienst der Länder zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung und Versorgung der BeamtInnen übernommen werden. „Auch in Zeiten knapper Haushaltskassen haben Hamburgs BeamtInnen gesicherte Lohnsteigerungen verdient. Dass die einmal gegebene Garantie jetzt nur noch mit Einschränkungen Bestand haben soll, ist nicht fair. Schließlich haben die BeamtInnen damals auch einen deutlichen Beitrag zur Stabilisierung von Hamburgs Finanzen geleistet, indem sie auf Sonderzahlungen verzichtet und einen Abzug bei der Versorgungsrücklage hingenommen haben“, kommentierte Katja Karger, Vorsitzende des DGB Hamburg, die Formulierung im Koalitionsvertrag.

### HESSEN

#### DGB STELLT EIN HESSISCHES KONJUNKTURPROGRAMM ZUR DISKUSSION

Der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, Michael Rudolph, hat Vorschläge zur Belebung der Wirtschaft unterbreitet: „Angesichts

der Krise muss das Motto ‚nicht kleckern, sondern klotzen‘ lauten. Neben der Stabilisierung der kommunalen Haushalte sollte das Land Hessen seine eigenen Investitionen steigern, etwa im Bereich der Krankenhäuser. Außerdem solle in Maßnahmen der sozial-ökologischen Transformation investiert werden, etwa in den Bereichen Verkehr, Digitalisierung und Wohnen.“ Hessen habe positive Erfahrungen mit einem Sonderinvestitionsprogramm im Zuge der Weltwirtschaftskrise gemacht. Damit seien die Investitionstätigkeit belebt und Beschäftigung gesichert worden. „Jetzt sollte auch über die Abschaffung oder zumindest eine grundlegende Reform der Schuldenbremse nachgedacht werden. Die steigende Staatsverschuldung sollte hingenommen und nicht dramatisiert werden. Ein sozial-ökologisches Wachstum der Wirtschaft gewährleistet die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung. Dies erfordert aber aktives konjunkturpolitisches Handeln“, so Rudolph.

## MECKLENBURG-VORPOMMERN

### GRUNDSCHULLEHRAMT: MEHR PRAXIS IM STUDIUM UND KÜRZERES REFERENDARIAT

Wie das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Anfang Juni erklärte, soll es bei der geplanten Erweiterung durch praxis- und berufsfeldbezogene Elemente für das Lehramtsstudium für Grundschullehrkräfte bleiben. Angehende Grundschullehrkräfte studieren demnach ein zusätzliches Semester, wodurch sie bereits im Studium insgesamt deutlich mehr Berufspraxis erwerben würden. Diese praxis- und berufsfeldbezogenen Anteile würden auf das Referendariat angerechnet, womit es von 18 Monaten auf ein Jahr verkürzt werden könne. Die gesetzliche Grundlage, das Referendariat auf diese Weise zu verkürzen, ist im aktuellen Entwurf des Lehrerbildungsgesetzes enthalten. Wenn die Gesetzesänderung beschlossen ist, will die Landesregierung die Lehrervorbereitungsdienstverordnung entsprechend ändern.

## NIEDERSACHSEN

### ARBEITSSCHUTZ: STAATLICHE KONTROLLEN AUF REKORDTIEF!

Der DGB Niedersachsen verwies auf die Bedeutung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Dabei stellte er heraus, dass Maßnahmen zum Zwecke des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten am Arbeitsplatz vor allem in Zeiten von Corona aber auch grundsätzlich von wichtiger Bedeutung sind. Wie bereits der DGB Personalreport 2019 offen legte, sei die Zahl der Betriebsbesichtigungen eklatant gesunken. Die Anzahl der betrieblichen Kontrollen in Niedersachsen sei auf einer ungebremsten Tal-

fahrt. 2002 wurden fast 41.000 Betriebsbesichtigungen durchgeführt, über eineinhalb Jahrzehnte später schlagen nur noch knapp über 10.000 zu Buche – ein Einbruch von 75 Prozent, so der DGB Niedersachsen. Der Rückgang der Kontrollen sei nicht den staatlichen Aufsichtskräften, aktuell 649 BeamtInnen, anzulasten. Es ist schlichtweg zu wenig Personal, stellte der DGB Niedersachsen klar. Deshalb fordert er die Landesregierung dazu auf, die Gewerbeaufsicht personell und materiell besser auszustatten.

## NORDRHEIN-WESTFALEN

### ATTRAKTIVITÄT DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES

Ende Mai trafen sich die DGB-Gewerkschaften zu einem Spitzengespräch mit dem Ministerpräsidenten Armin Laschet (CDU) und weiteren RegierungsvertreterInnen. Dabei wurde über Möglichkeiten zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes beraten. Ansatzpunkte hierfür sehen DGB und Gewerkschaften im Thema Arbeitszeit und bei Verbesserungen für besonders belastete Beschäftigtengruppen im Schichtdienst. Diese sollen jetzt im Rahmen von Arbeitsgruppen weiterbearbeitet werden. „Damit sich in Zukunft ausreichend Nachwuchs für die Aufgaben beim Staat finden lassen, muss sich auch beim Thema Arbeitszeit der BeamtInnen in NRW endlich etwas bewegen“, forderte die DGB NRW-Vorsitzende Anja



Foto: istockphoto.de/coffeekat

**EINBRUCH  
VON 75 %**

Weber. „NRW leistet sich als eines der letzten Bundesländer eine 41-Stunden-Woche für einen Teil seiner Beschäftigten, das ist das genaue Gegenteil von attraktiv“, so Weber weiter. Auch Frank Bethke, stellvertretender Landesbezirksleiter von ver.di NRW, sieht die 41-Stunden-Woche kritisch und forderte die Landesregierung auf, endlich keine Haushaltssanierung auf dem Rücken der verbeamteten Beschäftigten von Land und Kommunen damit mehr zu betreiben.

### Rheinland-Pfalz

#### ALTERNIERENDE TELEARBEIT BEI DER POLIZEI

Eine überarbeitete und kürzlich beschlossene Rahmendienstvereinbarung zur alternierenden Telearbeit eröffnet für die Beschäftigten der Polizei in Rheinland-Pfalz erweiterte Möglichkeiten für die abwechselnde Arbeit im Homeoffice und im Büro. Ein ausgewogener Wechsel zwischen der Tätigkeit am Dienort sowie häuslichen Arbeitsplatz soll demnach bevorzugt Beschäftigten ermöglicht werden, denen dadurch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gelingen soll oder die mit der Pflege Angehöriger betraut sind. Auch für Schwerbehinderte eröffnet die Rahmendienstvereinbarung einen besseren Zugang zur alternierenden Telearbeit. Konkret kann der Anteil des Arbeitens von zu Hause zwei bis drei Fünftel der Arbeitszeit betragen. Die Verteilung auf einzelne Tage und oder Stunden könne in einer Individualvereinbarung festgeschrieben werden. Das Bestreben der Gewerkschaft GdP, eine weitgehendere Flexibilisierung und Ausweitung der Plätze insgesamt zu ermöglichen, ist mit der abgeschlossenen Rahmendienstvereinbarung erfolgreich umgesetzt.

### SAARLAND

#### 300 NEUE LEHRERSTELLEN

Bereits 2018 forderte die GEW zusammen mit der Gesamtlandeselternvertretung, der Landesschülervertretung und der Landeselterninitiative für Bildung in einer gemeinsamen Resolution insgesamt 400 Planstellen zusätzlich. Damit solle der steigende Bedarf an den Schulen im Saarland gedeckt sowie qualitative Verbesserungen im Unterricht und bessere Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte erreicht

---

#### INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT

werden. Dass die Ministerin für Bildung und Kultur Christine Streichert-Clivot (SPD) jetzt zusätzlich 300 Lehrerstellen im Haushalt einplant, begrüßt die GEW Saarland, für die damit eine zentrale Forderung zur Entlastung der Schulen nahezu umgesetzt wäre. „Ausgaben für Bildung sind Investitionen in die Zukunft“, bekräftigte Birgit Jenni, Landesvorsitzende der GEW Saarland.

### SACHSEN

#### KEINE SPARPROGRAMME ZU LASTEN VON BESCHÄFTIGTEN

Die Sächsische Staatsregierung hat sich auf ihrer Klausurtagung Anfang Juni mit dem Doppelhaushalt 2021/2022 befasst. Die Rahmenbedingungen haben sich durch die Folgen der COVID-19-Pandemie,

aber auch durch absehbar zurückgehende EU-Fördermittel deutlich verändert. Das Kabinett (CDU, Grüne, SPD) hat sich auf wesentliche Eckpfeiler für die Haushaltsaufstellung und weitere Verfahrensschritte verständigt. Nach der nächsten Steuerschätzung im September 2020 wird eine weitere Haushaltsklausur stattfinden. Die Zahl der Personalstellen soll aber grundsätzlich nicht erhöht werden, von Ausnahmen in Schwerpunktbereichen abgesehen. Unterdessen machte der DGB Sachsen Vorschläge für ein sächsisches Konjunkturprogramm: „In der Corona-Pandemie hat sich die Notwendigkeit eines funktionierenden, leistungsfähigen Öffentlichen Dienstes gezeigt. Sparprogramme zulasten der Beschäftigten lehnen wir ab. Der Generationswechsel im öffentlichen Dienst muss geschlechtergerecht vorangetrieben werden. Es darf keine Einstellungsstopps oder Stellenstreichungen geben.“ so Markus Schlimbach, DGB-Vorsitzender in Sachsen.

### SACHSEN-ANHALT

#### DIGITALE SCHULE: ARBEITSBELASTUNG UND BEDARF AN FORTBILDUNGEN ERHÖHT

Am 3. Juni hat die GEW die Ergebnisse einer bundesweiten Studie zum Stand der Digitalisierung in den Schulen vorgestellt. Wir informieren darüber auch auf Seite 15 in diesem BM. Im Rahmen einer Sonderauswertung liegen Detailergebnisse für Sachsen-Anhalt vor. Hier fehlen vielfach dienstliche Endgeräte. 88 Prozent der befragten Lehrkräfte nutzen im Bundesland ein privates Endgerät für dienstliche Zwecke. Dabei geht es nicht nur um die Vor- und Nachbereitung des eigenen Unterrichts. Die Studie ergab auch, dass fast drei Viertel der Lehrkräfte ein eigenes Gerät zur Kommunikation mit der Schul-



Foto: istockphoto.de/Wavebreakmedia

leitung oder für administrative Zwecke verwenden. Auch an Fortbildungsangebote mangle es. So gab es für ein Drittel der Befragten in den letzten zwei Jahren kein relevantes Seminar bzw. Kursangebot. Gravierend sei zudem, dass sich für fast die Hälfte der Befragten die Arbeitsbelastung durch die Digitalisierung erhöht oder sogar stark erhöht hat. Die GEW fordert deshalb vom Land mehr in die Ausstattung und Infrastruktur zu investieren.

## SCHLESWIG-HOLSTEIN

### GEWALT GEGEN EINSATZKRÄFTE

1.254 Fälle von Gewalt gegen PolizeibeamtInnen wurden im vergangenen Jahr in Schleswig-Holstein registriert. Die Zahl, 2018 waren es 1.290, bewegt sich somit nach wie vor auf hohem Niveau. Dabei geht es nicht nur um verbale Beleidigungen, sondern auch um tätliche Angriffe. 377 Frauen und Männer wurden im Dienst durch Gewalteinwirkungen verletzt. „Das ist nicht akzeptabel und das können und werden wir so nicht hinnehmen“, erklärt Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU). Neben Investitionen in Schutzausrüstungen sei auch im Einsatztraining viel geschehen. Deeskalierendes Verhalten ist wichtiger Bestandteil der Aus- und Fortbildung,



Foto: Pixabay/Rico\_Loeb

## BSW-Bezügekonto der Commerzbank

### Das kostenfreie Konto, das Geld hinzuverdient!\*



#### Einmalige Vorteile für den Öffentlichen Dienst!

- + **100 EUR** Startguthaben\*
- + **Mindestgeldeingang lediglich 1 Cent\***
- + **Gebührenfreie Kontoführung\***
- + **Beitragsfreie BSW-Nutzung\***  
Mit BSW bekommen Sie bei Ihren Einkäufen Geld zurück auf Ihr BSW-Bezügekonto.
- + **B-Tarif für die ganze Familie:**  
Auch Ihre Kinder und Lebenspartner können das Konto eröffnen.

Jetzt noch bis  
31.07.2020  
100 EUR Startguthaben\* sichern!

#### Jetzt Konto eröffnen!

[bsw-bezugekonto.de](http://bsw-bezugekonto.de)  
Oder bei einer von rund  
1000 Filialen der Commerzbank



\* Kostenlos nur bei privater Nutzung, ab 0,01 Euro mtl. Mindestgeldeingang, sonst 9,90 Euro je Monat, belegloser Kontoführung und Nutzung von Commerzbank-/Cash Group-Geldautomaten. Zusätzlich fallen 1,50 Euro je Vorgang/Scheck für beleghafte Inlands-/SEPA-Überweisungen, Einzug von auf Euro ausgestellten Inlandschecks sowie je Bargeldaus- und Bargeldeinzahlung am Schalter der Commerzbank an. Diese und alle weiteren Bedingungen und Informationen finden Sie unter [www.bsw-bezugekonto.de](http://www.bsw-bezugekonto.de).

Info unter:  
**Telefon: 0800 444 00 14**  
(gebührenfrei; Mo - Fr: 8:00-19:00 Uhr)



[bsw-bezugekonto.de](http://bsw-bezugekonto.de)

**BSW.** Der Vorteil für den Öffentlichen Dienst

## MELDUNGEN

so die Ministerin. Sie appelliert zudem an die BürgerInnen: „Wir müssen auch dazu kommen, dass in der Gesellschaft jedem Mann und jeder Frau klar ist, dass Gewalt gegen Menschen, die unser Leben schützen und im Zweifel retten, verachtenswert ist“. Der DGB macht seit Anfang des Jahres mit dem Slogan *Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch* auf das Problem aufmerksam und möchte damit eine Einstellungsänderung hin zu mehr Respekt und Verständnis anstoßen.

### THÜRINGEN

#### FORDERUNG EINES KONJUNKTUR- UND INVESTITIONSPROGRAMMS

Der DGB Hessen-Thüringen hat ein Programm vorgestellt, um Beschäftigung zu stabilisieren und die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Den Schwerpunkt bilden die öffentlichen Investitionen. Unbedingt müsse das Land – ergänzend zu möglichen Bundesprogrammen – Einnahmeausfälle der Kommunen kompensieren, um einen Absturz der kommunalen Investitionstätigkeit zu verhindern, riet der DGB Hessen-Thüringen. In Kommunen und auch in der Verantwortung des Landes Thüringen gebe es erhebliche Investitions-



Foto: iStockphoto.de/Patrick Davenbiller

bedarfe; alle staatlichen Ebenen müssten in die Lage versetzt werden, jetzt antizyklisch zu investieren, um wirtschaftliche Impulse zu setzen. Dabei habe Thüringen gute Voraussetzungen für sozial-ökologische Investitionen. „Gerade jetzt kann das neue Thüringer Vergabegesetz, insbesondere die Tariftreuregelung, seine Wirkung entfalten. Deswegen sollten die Regelungen für die sozial-ökologische Vergaben schnell auf die Kommunen ausgeweitet werden“, so der Vorsitzende des DGB Hessen Thüringen, Michael Rudolph.

## Höchste Zeit, ...



**Debeka**

Krankenversicherungsverein a. G.

... dass Sie sich jetzt von den Vorteilen der Debeka-Krankheitskostenvollversicherung überzeugen, wie z. B. bedarfsgerechter Versicherungsschutz, günstige Beiträge, freie Arztwahl, Heilpraktikerbehandlung, keine Rezeptgebühren. Sollten Sie in einem Kalenderjahr keine Leistungen in Anspruch nehmen, zahlen wir Ihnen bis zu 3 Monatsbeiträge zurück!

Sie haben Fragen? Wir informieren Sie gerne.

**anders als andere**

Info  
**(08 00) 8 88 00 82 00**  
[www.debeka.de](http://www.debeka.de)



GEW

GEW-MITGLIEDERBEFRAGUNG ZUR DIGITALISIERUNG AN SCHULEN

Mit der Digitalisierung an Schulen stand es schon vor der Corona-Pandemie nicht zum Besten: zu wenig Infrastruktur, zu wenig Geld und zu wenig Steuerung bei der Umsetzung des DigitalPakts Schule. Verschärft wurde diese Situation quasi über Nacht mit dem Lock-down und der Umstellung auf Fernunterricht, die viele LehrerInnen aber auch Familien an die Belastungsgrenze brachte.

Die GEW veröffentlichte Anfang Juni die Ergebnisse einer Lehrerbefragung, die kurz vor der Corona-Krise gemacht wurde. Laut Studie sind fünf Problemfelder zentral: Die Ausstattung mit Endgeräten lässt zu wünschen übrig, in Datenschutzfragen werden die Lehrkräfte oft alleingelassen, Digitalisierung führt zu Abgrenzungsproblemen zwischen Privatleben und Arbeit, die Beteiligung und Information bei der Umsetzung des Digitalpakts ist nicht optimal gelaufen, und für medienpädagogische Konzepte wurden nur selten zeitliche Ressourcen zur Verfügung gestellt.



LehrerInnen würden bei der Digitalisierung zu oft alleine gelassen, obwohl die meisten Lehrkräfte digitale Medien und Kommunikationsmittel bereits einsetzen und positiv gegenüberstehen. Aber: „Digitalisierung darf keine Privatsache sein“, sagte GEW-Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann bei der Vorstellung der Studienergebnisse. Die GEW fordert daher, die Mittel aus dem DigitalPakt aufzustocken sowie den Bedarf an mobilen Dienstgeräten und Weiterbildungen für LehrerInnen zu decken.

Für die Studie befragte die Gewerkschaft rund 18.000 ihrer Mitglieder zum Umgang mit digitalen Medien. Etwa 3.000 antworteten.

Die Studie ist unter [www.gew.de](http://www.gew.de) abrufbar.

VER.DI

ERFOLG FÜR BETRIEBLICH-SCHULISCHE AUSZUBILDENDE

2018 gelang es ver.di mit den Tarifverträgen für Auszubildende im öffentlichen Dienst im Bereich der Kommunen sowie der Länder in den Gesundheitsberufen (TVAöD BT Pflege und TVA-L Gesundheit) erstmalig eine Vielzahl von betrieblich-schulischen Ausbildungen in den Gesundheitsberufen zu tarifieren. Die Tarifverträge regeln unter anderem ein monatliches Ausbildungsentgelt. Daraufhin wurden die Auszubildenden in der Sozialversicherung angemeldet und Beiträge abgeführt. Allerdings vertrat der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) die Ansicht, dass die Versicherungspflicht grundsätzlich nicht eintreten könne. Zur Begründung wies der GKV-Spitzenverband daraufhin, dass die praktische Ausbildung von der Berufs- oder Fachschule gelenkt werde. Damit wären die Auszubildenden in der Arbeitslosen- und Rentenversicherung nicht mehr versichert worden. In der Krankenversicherung hätte der Versicherungsschutz nur durch eine Familienversicherung oder eine von dem/der Auszubildenden selbst zu tragende freiwillige Versicherung weiter sichergestellt werden können. Gemeinsam mit den Sozialversicherungsträgern wurde dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine gesetzliche Klarstellung vorgeschlagen, welche die Auszubildenden in praxisintegrierten Ausbildungsgängen eindeutig in die Sozialversicherungspflicht einbezieht. Die Bemühungen hatten Erfolg. Die gesetzliche Neuregelung ist nunmehr Bestandteil des vom Bundestag beschlossenen 7. SGB IV-Änderungsgesetzes geworden, welches zum 01.07.2020 in Kraft treten wird. Nicht nur die praxisintegrierten Ausbildungen in den Gesundheitsberufen werden dann in die Sozialversicherung einbezogen, sondern auch vergleichbare Ausbildungen zum/zur ErzieherIn.



Foto: istockphoto.de/jaw\_indy



**#wohnenheisst**  
**rückenwind für die**  
**energetische sanierung.**  
**wüstenrot**

Energetische Sanierung

Profitieren Sie bei Ihren energetischen Sanierungsmaßnahmen dank Klimaschutzpaket von attraktiven Steuervorteilen sowie optimierten und erhöhten Förderprogrammen. Wüstenrot<sup>1)</sup> gibt Ihnen den richtigen Rückenwind: mit dem **Fördergeld-Service**, dem **Energieberater-Netzwerk** und den **Sonderkonditionen** für Ihre Finanzierung. Mehr auf [www.doppelvorteil.de](http://www.doppelvorteil.de).

Besuchen Sie unsere Wüstenrot-Service-Center oder kontaktieren Sie uns per **E-Mail: [oeffentlicher-dienst@wuestenrot.de](mailto:oeffentlicher-dienst@wuestenrot.de)**, Fax: **07141 16-831984**.

1) Als Mitglied einer unserer Partnergewerkschaften und -verbände erhalten Sie bei der Wüstenrot Bausparkasse besondere Vorteilskompetenz und Vorteilsangebote, wie einen attraktiven Zinsvorteil für ausgewählte Wüstenrot Wohndarlehen und eine Auswahl aus drei Prämien für Wüstenrot Wohnsparen.

Personalratswahlen auf Bundesebene

# Erfolge für DGB-Gewerkschaften

## Vereinzelte Verschiebungen wegen Corona-Pandemie

Die Personalvertretung bekommt ein Mandat auf Zeit und wird regelmäßig neu gewählt. Seit 1992 sieht das Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) dafür einen Vier-Jahres-Turnus vor, weshalb im Frühjahr 2020 Neuwahlen stattfanden. Diese liefen auch im Schatten der Corona-Pandemie erfolgreich für die DGB-Gewerkschaften, nur vereinzelt mussten sie aufgrund der Situation verschoben werden. Wir geben einen kurzen Überblick.

Foto: istockphoto.de/Anton\_Sokolov

Die Listen der DGB-Mitgliedsgewerkschaften, im Geltungsbereich des BPersVG betrifft das vor allem ver.di, die EVG und die GdP, waren wieder sehr erfolgreich. Eine positive Bilanz können zum Beispiel die **ver.di-Listen** in den obersten Bundesbehörden ziehen. Bei den Wahlen zu den Hauptpersonalräten (HPR) konnten die Ergebnisse aus dem Jahr 2016 gehalten und teilweise verbessert werden. In den Bundesministerien für Umwelt (BMU), für Gesundheit (BMG), für Wirtschaft und Energie (BMWi), für Arbeit und Soziales (BMAS) sowie für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) erreichte ver.di somit auch im Jahr 2020 die absolute Mehrheit der Mandate. Die Wahl im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sticht besonders hervor. Hier wurden 10 von 15 Mandaten errungen. Stärkste Kraft wurden ver.di-Listen auch in den Bundesministerien für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV).

Auch die **Listen der EVG** erzielten für die Interessenvertretung der rund 25.000 BeamtInnen im Bahn-Konzern einen beeindruckenden Erfolg. Von den insgesamt 236 Sitzen der Besonderen Personalräte sowie der Personalvertretungen im Bundeseisenbahnvermögen und der BAHN-BKK fielen 198 auf ihre KandidatInnen. Das entspricht einem Stimmanteil von 84 Prozent – ein starker Vertrauensbeweis für die EVG.

Ein ebenfalls sehr positives Bild zeigt sich mit Blick auf die **GdP-Listen**. Auch künftig haben die KandidatInnen die absolute Mehrheit sowohl im Hauptpersonalrat als auch im Bezirkspersonalrat der Bundespolizei. Bei den Wahlen für beide Gremien erzielte die GdP bei den Be-

amtInnen über 56 Prozent der Stimmen und jeweils 16 der 27 Sitze, bei den ArbeitnehmerInnen sogar rund 60 Prozent Stimmenanteil und jeweils zwei der vier Sitze.

### AUSWIRKUNGEN DER CORONA-PANDEMIE

Die durchgeführten Wahlen verliefen also im Ergebnis erfolgreich. Gleichwohl waren die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie für alle Beteiligten eine Herausforderung. Zahlreiche Dienststellen waren geschlossen, viele Beschäftigte im Homeoffice oder im Einsatz. Vermutlich ein Grund dafür, dass vielerorts eine in der Tendenz niedrigere Wahlbeteiligung zu beobachten war, auch wenn in der Wahlordnung die allgemeine Anordnung von Briefwahlen ermöglicht wurde. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften hatten im Vorfeld diese sowie eine Änderung im BPersVG erstritten, die am 07.05.2020 im Bundestag beschlossen wurde. Sie sieht vor, dass zur Verhinderung einer personalratslosen Zeit die bisherige Personalvertretung für eine Übergangsphase auch dann im Amt bleibt, wenn bis Ende Mai aufgrund der besonderen Umstände nicht gewählt werden konnte. In zwei Fällen greift diese Regelung nun: Im Bereich der Bundeswehr mit mehr als 150.000 Wahlberechtigten und im Auswärtigen Amt mit den vielen Auslandsdienststellen waren die Wahlen nicht fristgerecht durchführbar, auch nicht per Briefwahl. Der Hauptwahlvorstand beim Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) hat deshalb eine Verlegung der Wahl auf den 10./11. November beschlossen. Das Auswärtige Amt holt sie ebenfalls Ende 2020 nach.

## FACEBOOK

### INFORMATIONEN ZUM ÖFFENTLICHEN DIENST

Sie arbeiten im öffentlichen Dienst? Und Sie sind bei Facebook? Dann haben wir ein Angebot für Sie, denn Informationen zu vielen Themen des öffentlichen Dienstes und zu Standpunkten des Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie seiner Mitgliedsgewerkschaften finden Sie auch auf unserer Facebook-Seite. Die Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik des Deutschen Gewerkschaftsbundes bietet hier ein Plus an Informationen, Fakten und Services – zugeschnitten auf den öffentlichen Dienst. Unsere Facebook-Page können Sie abonnieren. Ausführliche Informationen zu Themen zum öffentlichen Dienst und zur BeamtenInnenpolitik bietet natürlich auch unsere Internetseite [www.dgb.de/beamte](http://www.dgb.de/beamte) und unser Newsletter, den Sie kostenlos abonnieren können.

 [www.facebook.com/BeamtInnen](https://www.facebook.com/BeamtInnen)

## FOTOWETTBEWERB

### BAHNLANDSCHAFTEN-KALENDER 2021

Die Gewerkschaft EVG schreibt ihren traditionellen Fotowettbewerb aus. EVG-Mitglieder sind nun aufgerufen bis zum 6. Juli Bilder von Zügen in malerischer oder interessanter Umgebung für die Teilnahme am Fotowettbewerb einzusenden. Dabei können auch Motive von Bahnen, die nicht zur DB AG gehören eingereicht werden. Eine Jury wertet alle eingesandten Bilder aus – die besten drei werden dann im Bahnlandschaften-Kalender 2021 veröffentlicht.

 Weitere Informationen bietet die EVG auf ihrer Internetseite [www.evg-online.org](http://www.evg-online.org)



Foto: istockphoto.de/coco194

## LINK-TIPP



Quelle: HBS

### WAS IST MITBESTIMMUNG?

Mitbestimmung ist gelebte Demokratie am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen, im Konzern und in Verwaltungen. Sie sorgt für mehr Gerechtigkeit und stärkt den Zusammenhalt, denn sie hilft tragfähige Kompromisse zwischen den Interessen von Beschäftigten zu finden – vorausgesetzt, die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten stimmt. Dann trägt Mitbestimmung zum wirtschaftlichen Erfolg bei und sichert den sozialen Frieden. So heißt es auf der Internetseite der Hans-Böckler-Stiftung, die umfassende Informationen zum Thema Mitbestimmung bietet. Spannend und informativ und deshalb unser Link-Tipp!

 [www.imu-boeckler.de/de/was-ist-mitbestimmung-17364.htm](http://www.imu-boeckler.de/de/was-ist-mitbestimmung-17364.htm)

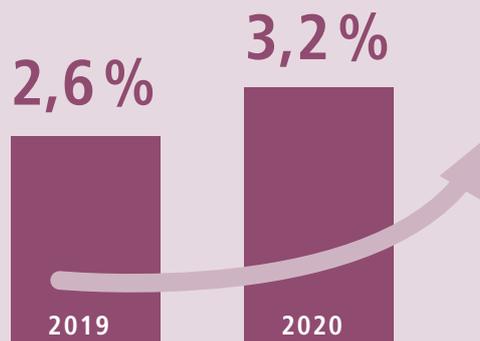
## ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

### TARIFVERDIENSTE IM VERGLEICH ZUM VORJAHRESQUARTAL GESTIEGEN

Die Tarifverdienste in Deutschland sind im 1. Quartal 2020 um durchschnittlich 3,2 Prozent gegenüber dem 1. Quartal 2019 gestiegen. Für den Anstieg sind vor allem Doppeleffekte im öffentlichen Dienst verantwortlich. So sehen der Tarifvertrag für die Angestellten der Länder (TV-L) sowie der des Landes Hessen (TV-H) zwei Erhöhungsschritte vor. Neben den meist im 1. Quartal 2020 in Kraft getretenen zweiten Entgelterhöhungen wirkten sich zusätzlich noch die bereits im 1. Quartal 2019 wirksamen, aber erst im 2. Quartal 2019 ausgezahlten ersten Steigerungen auf den Vorjahresvergleich aus.

QUELLE: DESTATIS – MAI 2020

### VERÄNDERUNG DER TARIFLICHEN MONATSVERDIENSTE (IN PROZENT)



Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der DBV Dienstunfähigkeitsversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Gerade im Job angefangen und schon an mögliche Risiken denken? Ja, denn je früher vereinbart, umso günstiger wird der finanzielle Schutz der **DBV Dienstunfähigkeitsversicherung** speziell für **Berufseinsteiger**.

Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten oder informieren Sie sich unter **DBV.de**.

Stiftung Warentest **SEHR GUT (1,2)**  
 Finanztest  
 Berufsunfähigkeitsversicherung der DBV mit Dienstunfähigkeitschutz für Beamte (SBU SDV 12.18)  
 Im Test: 59 Berufsunfähigkeitsversicherungen  
 Ausgabe 7/2019  
 www.test.de

**AXA** Eine Marke der AXA Gruppe

## MARKETING ÖFFENTLICHER DIENST – UNSERE EMPFEHLUNG

### Ev. MutterKindKlinik Spiekeroog, Dünenklinik

Erschöpfungszustände, psychosomatische Erkrankungen, Erkrankungen der Atemwege und der Haut, Erkrankungen des Bewegungsapparates.



[www.duenenklinik.de](http://www.duenenklinik.de)

### Espan Klinik mit Haus ANNA

Fachklinik für Erkrankungen der Atmungsorgane  
 Klinik für Anschlussheilbehandlung (AHB/AR).



[www.espan-klinik.de](http://www.espan-klinik.de)

### Klinik Graal-Müritz

Internistische und onkologische Erkrankungen. Die Therapie – eine Kombination aus Schulmedizin, Ganzheitsmedizin, Naturheilverfahren u.a.



[www.Klinik-Graal-Mueritz.de](http://www.Klinik-Graal-Mueritz.de)

### Privatklinik Eberl in Bad Tölz

In traumhafter Alpenkulisse eine Auszeit von der Hektik des Alltags nehmen und Körper und Geist wieder aufleben lassen.



[www.privatklinik-eberl.de](http://www.privatklinik-eberl.de)



# Private Krankenversicherung

Leistungsstarke Gesundheitsvorsorge für Beamte



**Die HUK-COBURG ist ein starker Partner, auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:**

- Stabile und günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: aktuell bis zu vier Monatsbeiträge Rückerstattung bereits ab dem ersten leistungsfreien Kalenderjahr – Beamtenanwärter erhalten sogar bis zu sechs Monatsbeiträge Rückerstattung
- kompetent für den öffentlichen Dienst – die HUK-COBURG ist der größte deutsche Beamtenversicherer

**Wir beraten Sie gerne:**

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter [www.HUK.de](http://www.HUK.de).

**Oder rufen Sie direkt an: Telefon 0800 215315401.**



**HUK-COBURG**

Aus Tradition günstig